

# Fluglärm: Keine Besserung in Sicht

**KOALITIONSVERTRAG** Bürgerinitiativen enttäuscht

Von Markus Lachmann

**FRANKFURT/BERLIN.** Lärmgegner sind enttäuscht, Airlines und Flughäfen zufrieden: Die Passagen zu Fluglärm im Koalitionsvertrag von Union und SPD haben zu unterschiedlichen Reaktionen geführt. Der Präsident der Bundesvereinigung gegen Fluglärm, Helmut Breidenbach, kritisierte, dass der Vertrag keine konkreten Vorschläge zur Lärmreduzierung enthalte. Er sprach von einer „deutlichen Schiefelage zugunsten der Interessen der Luftverkehrswirtschaft“. Auch die Bürgerinitiativen für Fluglärm-schutz in Hamburg und Schleswig-Holstein erklärten: „Das Ganze liest sich wie ein Positionspapier der Luftverkehrslobby.“

Die Fluglärmgegner sind unter anderem aufgebracht, weil eine wichtige Studie des Umweltbundesamtes (UBA) vom vergangenen Jahr offenbar nicht berücksichtigt wurde. Das Bundesamt

hatte sich für niedrigere Grenzwerte an Flughäfen und ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr ausgesprochen. Im Koalitionsvertrag heißt es lediglich, man wolle die Lärmgrenzwerte „überprüfen und weiterentwickeln.“ Konkreter werden die Koalitionäre beim Bahnlärm, der bis 2020 halbiert werden soll. „Beim Schutz vor Fluglärm geht's zwei Schritte zurück“, sagte auch Thomas Jühe (SPD), Chef der Frankfurter Fluglärmkommission und Bürgermeister im hessischen Raunheim.

Auf Wohlwollen stößt der Koalitionsvertrag bei Airlines und Flughäfen. Es handele sich „um erste Schritte zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrsstandorts Deutschland“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung dreier Lobbyverbände, darunter der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft unter Vorsitz von Fraport-Chef Stefan Schulte.

► RHEINLAND-PFALZ

## Entwurf Koalitionsvertrag:

ab Zeile 3710:

Luftverkehr: Wir wollen faire Rahmenbedingungen im Einklang mit europäischen und internationalen Regelungen für die Luftverkehrswirtschaft. **Dazu gehören die Umsetzung des Luftverkehrskonzeptes, die Entlastung unserer Flughäfen und Luftfahrtunternehmen von einseitigen nationalen Kosten.** Damit haben wir bereits im letzten Jahr begonnen. Die bedarfsgerechte Kapazitätserweiterung der Flughäfen muss auch in Zukunft möglich sein. Die Luftverkehrswirtschaft ist aufgefordert, den durch Emissionen verursachten Nachteilen wirksam zu begegnen.

Anmerkung: also Abschaffung der Luftverkehrsabgabe

Luftsicherheitskontrollen sind eine hoheitliche Aufgabe. **Daher soll der Staat mehr strukturelle Verantwortung und Anteile der in den letzten Jahren gestiegenen Kosten für die Sicherheit der Menschen beim Fliegen übernehmen.** Wir werden gleichzeitig die bestehende Organisation und Aufgabenverteilung und -verteilung für die Luftsicherheit begutachten und konzeptionelle Vorschläge erarbeiten lassen, um diese in Deutschland einheitlicher und effizienter zu gestalten.

Anmerkung: also Kosten der Sicherheitskontrollen aus Steuermitteln

Den Umwelt- und Nachhaltigkeitsbezug des Luftfahrtforschungsprogramms (LUFO) **wollen wir weiter ausbauen und mehr finanzielle Mittel zur Verbesserung der Erforschung und Erprobung alternativer Treibstoffe im Luftverkehr bereitstellen**, dazu gehört auch die Ausstattung von Flughäfen mit Landstrom. Für den Luftverkehr wollen wir die Forschung und Entwicklung zur Herstellung und Nutzung von alternativen, strombasierten Kraftstoffen vorantreiben und fördern.

Anmerkung: also Tank anstatt Teller. Elektrisch Fliegen ist wegen tonnenschwerer Batterien eine Illusion, auch nicht mit elektrolytisch gewonnenen Wasserstoff, der einer Ultratiefkühlung oder schwerer Druckflaschen bedarf.

Wir werden die Genehmigungsdauer für Ein- und Ausflüge von Ad-hoc-Frachtchartern deutlich verkürzen. Hierfür werden wir das Luftfahrtbundesamt stärken

Die Verschärfung der Lärmzulassungsgrenzwerte für neue Flugzeuge auf internationaler Ebene (ICAO) befürworten wir. **Wir wollen zusätzliche Mittel für die Forschung und Entwicklung neuer lärmarter Technologien wie für emissionsarme Flugzeugtriebwerke bereitstellen**.

Anmerkung: also Entwicklungshilfe aus Steuergeld

Für die Festlegung der Flugrouten setzen wir auf eine verbesserte Transparenz in den Verfahren. Dabei ist entscheidend, frühzeitig die betroffenen Menschen zu informieren und in einen Dialogprozess mit allen Beteiligten einzubinden. Die Fluglärnkommisionen werden wir in ihrer Arbeit unterstützen. **Die bestehenden Nachtflugverbote bleiben erhalten**.

ab Zeile 5690:

Wir wollen im Luftverkehr die zügige Umsetzung lärmarter Flugverfahren vorantreiben und Anreize für den Einsatz leiserer Flugzeuge setzen. Bei allen Planungen an Flughafenstandorten müssen die Bürger frühzeitig einbezogen werden. Dabei ist auf die Nachtruhe für die Bevölkerung rund um den Flughafen in den Verfahren nach dem Luftverkehrsgesetz weiterhin in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen. **Die Lärmgrenzwerte** für den Schutz der Menschen rund um die Flughäfen **werden wir** nach den gesetzlichen Vorgaben des Fluglärmschutzgesetzes **unter Berücksichtigung des Standes** der Lärmwirkungsforschung und **der Luftfahrttechnik überprüfen** und weiterentwickeln.

Anmerkung: also Grenzwerte nach Bedarf des Luftverkehrs.

**weiter auf der nächsten Seite**

# Fluglärm: Mit GroKo wird es nicht leiser

## ANALYSE Dauerkrach macht krank / Merkel und Co. ändern aber nichts

Von Markus Lachmann

**MAINZ.** Fluglärm macht krank – diese Aussage hat die Bundesregierung mittlerweile schriftlich von den eigenen Experten. Doch gehandelt wird in Berlin nicht. Zwei von 177 Seiten Koalitionsvertrag widmen sich dem Thema Verkehrslärm. Viel Prosa, wenig Konkretes, könnte man als Fazit ziehen.

Zwar schreiben CDU, CSU und SPD: „Den durch Mobilität verursachten Lärm wollen wir deutlich reduzieren.“ Doch wie das beim Fluglärm klappen soll, da bleiben die Autoren vage. Sie wollen lärmärmere Flugverfahren „vorantreiben“ und „Anreize für den Einsatz leiserer Flugzeuge“ setzen. Eine Aussage, die sich in Stein meißeln lässt. Die bestehenden Nachtflugverbote bleiben erhalten, Nachtruhe werde weiterhin „in besonderem Maße berücksichtigt“. Zur Erinnerung: In Rhein-Main endet die Nachtruhe schon vor 5 Uhr, wenn nämlich die ersten Jets zum Landen ansetzen.

Was die eigenen Experten des Bundes sagen, scheint keine Rolle mehr für die „GroKo“ zu spielen. So hatte das Umweltbundesamt (UBA) im vergangenen Sommer empfohlen, die Lärmgrenzwerte an Flughäfen zu senken – mit Verweis auf Forschungen zur Auswirkung von Lärm auf die Gesundheit. Es ist mittlerweile nachgewiesen, dass Fluglärm zu Bluthochdruck führt.

### Erhöhtes Risiko zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen

Das Risiko zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist ab einem Dauerschallpegel von 50 Dezibel „signifikant erhöht“, heißt es in

dem Bericht des Umweltbundesamtes. Nächtliche Einzelpegel wirkten sich auf die Gesundheit aus. Die Behörde empfahl ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr. Das 2007 von CDU und SPD verabschiedete Fluglärmgesetz wurde vom Umweltbundesamt mehr oder minder in der Luft zerrissen – es schütze die Bürger nicht vor übermäßigem Lärm.

Im Koalitionsvertrag heißt es lapidar, die Lärmgrenzwerte würden „überprüft“ und „weiterentwickelt“, unter „Berücksichtigung des Standes der Lärmwirkungsforschung und der Luftfahrttechnik“. Auch befürworten Union und SPD, dass die Lärmgrenzwerte für die Zulassung neuer Flugzeuge auf internationaler Ebene verschärft werden.

Positiv: In die Erforschung und Entwicklung neuer, lärmärmerer Technologien und Triebwerke wird mehr Geld fließen. Bei neuen Flugrouten soll es transparenter zugehen, die Menschen sollen besser informiert werden – ein Mitspracherecht haben die Bürger unten am Boden aber weiterhin nicht. Flugrouten werden nämlich vom Luftfahrtbundesamt, im Einvernehmen mit der Fluglärmkommission, erlassen. Beim Bahnlärm wird es etwas konkreter. „Der Schienenlärm soll bis 2020 halbiert wer-

den“, heißt es in dem 177 Seiten starken Papier. Die „GroKo“ will sich dafür einsetzen, dass laute Güterwagen auf EU-Ebene verboten werden, und das lärmabhängige Trassensystem weiterentwickeln. Wie auch beim Fluglärm sollen Erforschung und Entwicklung leiserer Technologie gefördert werden. Unternehmen, die auf leisere Waggonen und Lokomotiven umrüsten, erhalten einen „Innovationsbonus“.

### Flughäfen sollen von Kosten entlastet werden

Auf den Seiten 80 und 81 finden sich die Aussagen zum Luftverkehr. Union und SPD setzen sich für „faire Rahmenbedingungen“ für die Luftverkehrswirtschaft ein. Explizit steht nicht im Text, dass die Luftverkehrssteuer abgeschafft werden soll – diese Nachricht hatte vor zehn Tagen für Wirbel gesorgt. Allerdings sprechen sich die Großkoalitionäre für „die Entlastung unserer Flughäfen und Luftfahrtunternehmen von einseitigen nationalen Kosten“ aus. Und weiter: „Die bedarfsgerechte Kapazitätserweiterung der Flughäfen muss auch in Zukunft möglich sein.“

Ein weiteres Thema, dass den Airports unter den Nägeln brennt: „Luftsicherheitskontrollen sind eine hoheitliche Aufgabe“, heißt es im Koalitionsvertrag. Der Staat soll mehr Geld zu den Sicherheitsausgaben der Luftfahrtbranche hinzugeben. Und, natürlich, die Emissionen: Die neue Bundesregierung, wann auch immer sie zu arbeiten anfängt, will sich dafür einsetzen, dass weniger Kohlendioxid ausgestoßen wird. Wie, sagen Union und SPD nicht.

### FASTNACHT

► Die Lärmgegner werden auch in diesem Jahr beim **Rosenmontagszug** in Mainz mitmarschieren. Wie der „Verein für ein lebenswertes Mainz und Rheinhessen“ mitteilte, stellen sie die Zugnummer 38. Die Motivwagen widmen sich den Flugzeugen als „Klimakiller Nr. 1“ sowie den Billigfliegern.